

Erklärung von Alois Mock vor dem Nationalrat (Wien, 14. Dezember 1992)

Legende: Am 14. Dezember 1992 hält der österreichische Außenminister Alois Mock vor dem Nationalrat eine Ansprache, in der er die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Edinburgh begrüßt, die einen entscheidenden Schritt auf dem Weg Österreichs in die Europäischen Gemeinschaften darstellen.

Quelle: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (Hrsg.). Österreichische außenpolitische Dokumentation, Texte und Dokumente N°1, Februar 1993. Wien: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, [s.d.]. 118 S.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_alois_mock_vor_dem_nationalrat_wien_14_dezember_1992-de-7c30963d-d0ae-43b9-8f6c-f1e54e29be86.html

Publication date: 23/10/2012

Erklärung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten vor dem Nationalrat betreffend die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rates in Edinburgh, Wien, am 14. Dezember 1992

„Hohes Haus!

Ich darf zu den Ereignissen des letzten Wochenendes als das für die Außenpolitik und für die Angelegenheiten der wirtschaftlichen Integration zuständige Regierungsmitglied ebenfalls Stellung beziehen.

Die Tagung des Europäischen Rates in Edinburgh ist am 12. Dezember mit einem umfassenden Erfolg abgeschlossen worden. Die letzten Wochen und Monate hatten die Gemeinschaft vor eine Vielzahl sehr ernster Probleme gestellt, wie etwa die Krise um die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages, die Turbulenzen im Europäischen Währungssystem, die scharfen Gegensätze in der Frage der zukünftigen Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft, der Streit über das Agrarkapitel der GATT-Verhandlungen, schließlich aber auch noch der negative Ausgang der schweizerischen Volksabstimmung über den EWR.

Das heißt: Der Gipfel in Edinburgh hat somit unter den denkbar schwierigsten Bedingungen begonnen. Selten war der Europäische Rat mit einer solchen Menge heikler und dazu noch eng miteinander verknüpfter Probleme konfrontiert. Selten war der Erfolgsdruck größer, denn - heute kann man das offen aussprechen - ein Scheitern von Edinburgh hätte zu einer gefährlichen Zuspitzung der Krise in der Gemeinschaft führen und das in den letzten Jahrzehnten an europäischer Einheit Erreichte gefährden können. Man kann wieder einmal feststellen: Der Erfolg der Europäischen Gemeinschaft ist die Summe ihrer Krisen.

Auf dem Spiel standen und stehen unser aller wirtschaftlicher Wohlstand und die soziale und politische Stabilität, denn trotz aller Schwierigkeiten bleibt die Europäische Gemeinschaft der Stabilitätsanker für die gesamte Entwicklung auf dem europäischen Kontinent. Ja, der Frieden Europas hängt heute von der dynamischen Weiterentwicklung der Integration ab.

Für Österreich, das am Rande einer sicherheitspolitischen Gewitterzone liegt, ist diese Dimension der Integration von ganz besonderer Bedeutung. Deshalb haben auch die sicherheitspolitischen Perspektiven des Maastrichter Vertrages für uns wachsenden Stellenwert erhalten, und deshalb will Österreich am Aufbau und Funktionieren einer neuen Sicherheitsordnung, sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch über diese hinaus, auf der Grundlage aktiver Solidarität und Lastenteilung mitwirken.

Der unbestreitbare Erfolg des Edinburgher Treffens ist von höchster - nicht zuletzt psychologischer - Bedeutung. Die Gemeinschaft hat damit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Für uns wohl am wichtigsten: Die Staats- und Regierungschefs haben in Edinburgh beschlossen, Anfang 1993 Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland aufzunehmen – eine Entscheidung die uns mit Befriedigung erfüllt. In unserem seit fast fünf Jahren konsequent verfolgten Bemühen um die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft haben wir damit ein neues Stadium, ich möchte sagen, die Zielgerade erreicht.

Diese Entscheidung war alles andere als selbstverständlich. Sie können sich an die ständigen Spekulationen der letzten Wochen lieber eine längerfristige Verschiebung der Beitrittsverhandlungen erinnern. Ich möchte für die österreichische Außenpolitik in Anspruch nehmen, daß sie durch ihre Beharrlichkeit und aktive diplomatische Arbeit ihren Beitrag zu dieser positiven Entwicklung geleistet hat. Ich möchte dafür meinen Mitarbeitern in diesem Bereich besonders danken.

Es gibt sicherlich viele Faktoren, die da mitgewirkt haben. Es ist auch hier so wie in anderen Bereichen: Der Erfolg hat viele Väter, nur der Mißerfolg bleibt meistens Vollwaise.

Von großer Bedeutung war es dabei, daß dieser außenpolitische Kurs nicht nur von der gesamten Bundesregierung, von entsprechenden parlamentarischen Beschlüssen und von den Sozialpartnern - dies

möchte ich unterstreichen - getragen wurde, sondern daß er auch vom Herrn Bundespräsidenten durch substantielle Gespräche mit Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft unterstützt wurde.

Die koordinierenden Tagungen auf den verschiedenen politischen Ebenen der großen europäischen Parteien haben dazu sicherlich positiv beigetragen. In diesem Zusammenhang ist auch die Tagung der Europäischen Volkspartei zu erwähnen, an der auch Vizekanzler Busek teilgenommen hat.

Im österreichischen Aide-mémoire vom Juni dieses Jahres hat Österreich ein klares Bekenntnis zum Maastrichter Vertrag ausgesprochen. Dieses Bekenntnis ist in den EG-Mitgliedstaaten auf ein überaus positives Echo gestoßen. Der Nationalrat hat sich in seiner EntschlieÙung vom 14. November mit den Aussagen dieses Aide-mémoires identifiziert und ihm damit zusätzliches politisches Gewicht verliehen. In einem weiteren Aide-mémoire, das wir bewußt nur wenige Tage vor dem Gipfeltreffen in Edinburgh überreicht haben, erklärte Österreich seine Bereitschaft, die Beitrittsverhandlungen auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages zu führen, dies auch dann, wenn dieser Vertrag formell noch nicht in Kraft getreten ist. Mit dem klaren Bekenntnis zum Inhalt des Maastrichter Vertrages und der Feststellung, auf dieser Basis die Verhandlungen führen zu wollen, haben wir eine wesentliche Voraussetzung für den Erweiterungsbeschluß von Edinburgh geschaffen.

Mit diesem Beschluß von Edinburgh hat sich nämlich in der Gemeinschaft eine Auffassung durchgesetzt, meine Damen und Herren, die wir seit Monaten aktiv vertreten und in den Hauptstädten der zwölf EG-Mitgliedstaaten immer wieder dargelegt haben, nämlich die Überzeugung, daß die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um beitriftswillige EFTA-Staaten keineswegs den Integrationsprozeß verlangsamten würde, sondern daß sie die Gemeinschaft in vielfacher Hinsicht stärken würde.

Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft und ihres Bekenntnisses zu den Zielen der Europäischen Integration werden Österreich, Schweden und Finnland die Fähigkeit der Gemeinschaft erhöhen, die großen Herausforderungen der neunziger Jahre zu bestehen. So wie dies auch schon früher in der Geschichte der Gemeinschaft der Fall war, soll auch diese Erweiterung zu einer Quelle der Dynamik werden. Für uns ist es Anlaß zur Befriedigung, daß das integrierte Europa in dieser wichtigen Phase seiner Entwicklung auf unsere aktive Mitwirkung zählt.

Hohes Haus! Ungeachtet der verbreiteten Skepsis über die österreichischen Beitrittsperspektiven haben wir in den letzten Monaten auch die innerstaatlichen Vorbereitungen, soweit sie im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten verankert sind, konsequent vorangetrieben. Um sicherzustellen, daß die Beitrittsverhandlungen von Anfang an substantiell und zielorientiert geführt werden können, wurde mit der EG-Kommission die Durchführung exploratorisch-technischer Gespräche über ein breites Spektrum von Themen vereinbart. Diese Gespräche haben bereits begonnen und haben auf beiden Seiten zu einer besseren Kenntnis der Verhandlungsmaterie beigetragen.

Dank dieser Kontakte und dank der Tätigkeit der Arbeitsgruppen für Integrationsfragen des Außenamtes und des Bundeskanzleramtes, die heute eng verschränkt zusammenarbeiten, sowie anderer Ressorts und der Sozialpartner werden wir wohlvorbereitet in die Beitrittsverhandlungen eintreten. Es wird unser Bestreben sein, diese Verhandlungen noch im Laufe des Jahres 1993 zu einem guten Ende zu bringen. Wichtig ist aber weniger der Zeitpunkt als das Ergebnis: gute Verhandlungen im Interesse Österreichs.

Dies erhöht aber auch die Notwendigkeit eines verstärkten und breiten öffentlichen Dialogs über das Integrationsthema. Wir müssen aus den Erfahrungen der Referenden in Dänemark, Irland, Frankreich und in der Schweiz lernen. Ein rechtzeitiges, objektives und umfassendes Informationsangebot ist eine entscheidende Voraussetzung für einen rationalen, den Interessen unseres Landes entsprechenden Meinungsbildungsprozeß. Wir brauchen für die Verwirklichung unserer Politik die Unterstützung der Bürger. Die Beschlüsse des Edinburgher Gipfels über mehr Bürgernähe und Transparenz, vor allem, was die operationelle Umsetzung des Prinzips der Subsidiarität anbelangt, werden unseren innerösterreichischen Anstrengungen dabei sicherlich zugute kommen.

Lassen Sie mich nun kurz auch noch zum Europäischen Wirtschaftsraum reden.

Die Entscheidung der Schweizer Bevölkerung stellt zweifellos einen empfindlichen Rückschlag dar. Es ist bedauerlich, wenn sich ein Land im Herzen Europas gegen eine Teilnahme an diesem wichtigen Element des Integrationsprozesses ausspricht.

Daß einem Nachbarland und engem wirtschaftlichen Partner Österreichs nun eine Phase der Selbstisolierung gegenüber dem Integrationsprozeß bevorsteht, ist schmerzlich. Uns bleibt die Hoffnung - ja ich möchte sagen, die Zuversicht -, daß es sich dabei nicht um ein endgültiges Nein der Schweiz zur Europäischen Integration handelt, sondern um einen - allerdings schwierigeren - Weg, der schließlich doch noch zu einer aktiven Mitwirkung an der europäischen Einigung führen wird. Die Reaktionen der schweizerischen Öffentlichkeit und Medien auf den Ausgang des Referendums und die erwarteten negativen Folgen für die Beschäftigung und die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz deuten darauf hin, daß der Prozeß einer Neuorientierung in der Schweiz in Richtung Integration eher rascher als langsamer vor sich gehen wird.

Der Schock, den das Resultat des Referendums in weiten Kreisen der Schweiz auslöste, hatte sicherlich eine gewisse Wirkung auf die Meinungsbildung in Liechtenstein. Wir begrüßen die liechtensteinische Entscheidung für den EWR mit Freude. In einer Zeit, in der wir, meine Damen und Herren, mit so viel Euroskepsis konfrontiert werden, hat dieses kleine Land europapolitisches Selbstbewußtsein gezeigt, das unsere Anerkennung verdient.

Der Europäische Wirtschaftsraum behält trotz des negativen Ausgangs des Referendums in der Schweiz seine Nützlichkeit. Auch die Entscheidung des Edinburger Gipfels über die Einleitung von Beitrittsverhandlungen ändert daran nichts.

Der Europäische Wirtschaftsraum wird es der österreichischen Wirtschaft ermöglichen, von einem früheren Zeitpunkt an den vier Freiheiten des Europäischen Binnenmarktes teilzunehmen. Meine Damen und Herren! Gerade in einer Periode der abflachenden Konjunktur können wir auf diese wichtigen zusätzlichen wirtschaftlichen Impulse nicht verzichten. Darüber hinaus wird der Vertrag auch - und dies ist ein wesentlicher Punkt - die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft entlasten und ihren rascheren Abschluß ermöglichen. Der EWR-Vertrag, der - vergessen wir das nicht - unter dem Vorsitz von Bundesminister Schüssel verhandelt wurde, bringt uns damit unserem Ziel der Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft spürbar näher.

Wir haben uns daher beim EFTA-Ministerrat vom 11. Dezember für eine Vorgangsweise eingesetzt, die ein ehestmögliches Inkrafttreten des EWR-Vertrages gewährleisten soll. Die Arbeiten der Rechtsexperten an den notwendigen technischen Anpassungen des EWR-Vertrages sind bereits angelaufen und sollen noch vor Weihnachten fortgesetzt werden. Konkret geht es dabei, wie schon gesagt wurde, um die Ausarbeitung eines Anpassungsprotokolls, über die Unanwendbarkeit des EWR-Vertrages auf die Schweiz. Der Protokollentwurf soll noch im Jänner 1993 auf hoher Beamtenebene vereinbart und später von einer diplomatischen Konferenz der EWR-Mitgliedstaaten angenommen werden. Danach waren in den einzelnen Staaten die jeweils verfassungsmäßig vorgesehenen Schritte zu setzen, sodaß der EWR eine gute Chance hat, am 1. Juli 1993 in Kraft zu treten.

Hohes Haus! Der Beginn der Beitrittsverhandlungen öffnet unserem Land eine historische Chance, den Prozeß der europäischen Einigung als gleichberechtigter Partner mitzugestalten und mitzubestimmen. Ich appelliere hier an alle politischen Parteien und Institutionen, denen es um die unserem Land angemessene gleichberechtigte Stellung in Europa geht, sich für das Ziel der österreichischen Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen. Die Verwirklichung dieses Zieles ist für die Zukunft unseres Landes, vor allem auch für seine Sicherheit entscheidend. Hierüber, meine Damen und Herren, müßte daher auch ein Grundkonsens zwischen den vier in diesem Haus vertretenen demokratischen Parteien - unbeschadet der vorhandenen Auffassungsunterschiede - möglich sein.

Ich stehe nicht an, daran zu erinnern, daß die Freiheitliche Partei die erste Partei dieses Landes war, welche sich für die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft eingesetzt hat.

Ebenso möchte ich feststellen, daß die grüne Fraktion in diesem Haus wesentliche Beiträge für die österreichische Umweltpolitik und für das wachsende Umweltbewußtsein aller politischen Kräfte geleistet hat. Die Umweltfrage kann aber in Wahrheit nur grenzüberschreitend gelöst werden. Auch eine wirksame Umweltpolitik bedingt daher das Engagement für die Europäische Integration.

Ich werde jedenfalls, meine Damen und Herren, den offiziellen Aussagen sowohl des Abgeordneten Voggenhuber als auch der Frau Präsidentin Schmidt und des Abgeordneten Meischberger, die zu dieser Entscheidung des Edinburgher Gipfels gestern gemacht wurden, die gebührende Aufmerksamkeit nicht versagen.

Ich jedenfalls fühle mich in dieser Haltung naturgemäß zu einer laufenden und intensivierten Information auch der Oppositionsparteien verpflichtet.

Hohes Haus! Es ist in den letzten Wochen in der europäischen Politik zu einer Fülle von Ereignissen gekommen. Auf Rückschläge folgen Fortschritte, kaum atmet man auf, trifft die nächste Krisenmeldung ein. Es wird auch in Zukunft, vor allem auch im Laufe der Verhandlungen, solche Phasen geben, die wir mit Gelassenheit, aber auch mit Entschlossenheit, österreichische Interessen mit Nachdruck zu vertreten, überwinden müssen.

Ich glaube, daß es in diesen turbulenten Zeiten vor allem darauf ankommt, klare Ziele zu definieren, diese energisch, selbstbewußt und unbeirrt anzusteuern. Die österreichische Integrationspolitik und vor allem auch die Verhandlungen in Brüssel werden von dieser Grundhaltung geprägt sein."

(Sten.Prot. NR, XVIII. GP, 95. Sitzung, 14. Dezember 1992, S. 10648-10651)